

(Übersetzung)

Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Geschäftszahl: 2021-0.568.281

Eröffnungsnote der Republik Österreich

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich entbietet der Botschaft der Republik Malta in Wien seine Empfehlungen und beeht sich, auf die Verbalnote der Botschaft der Republik Malta in Wien, Ref. Nr. 12/2021 vom 1. Februar 2021, betreffend die Beendigung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Malta über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen, Bezug zu nehmen.

In Anbetracht dessen und mit Bezug auf das Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Union vom 6. März 2018 im Fall C-284/16, Slowakische Republik gegen Achmea BV, beeht sich das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich den Abschluss des Folgenden vorzuschlagen:

„Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Malta zur Beendigung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Malta über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen (im Folgenden als „Beendigungsabkommen“ bezeichnet)

1. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Malta über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen, unterzeichnet am 29. Mai 2002 in Wien, wird im Einklang mit den Bestimmungen dieses Beendigungsabkommens beendet.
2. Die Vertragsparteien stellen klar, dass Artikel 27 Absatz 3 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Malta über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen, welcher den Schutz von Investitionen, die vor dem Zeitpunkt der Beendigung des Investitionsschutzabkommens getätigt wurden, erstrecken würde, beendet wird und daher nach Inkrafttreten dieses Beendigungsabkommens keine rechtlichen Wirkungen entfaltet.
3. Abgeschlossene Schiedsverfahren bleiben, unbeschadet der Bestimmung des dritten Absatzes, von diesem Beendigungsabkommen unberührt. Diese Verfahren werden nicht wiederaufgenommen.“

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich schlägt vor, dass für den Fall, dass die Republik Malta den obengenannten Vorschlag annimmt, diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote der Republik Malta das Beendigungsabkommen darstellt, welches nur in englischer Sprache authentisch ist.

Das Beendigungsabkommen tritt am ersten Tag des ersten Monats in Kraft, der auf den Zeitpunkt des Erhalts der späteren Mitteilung der Vertragsparteien folgt, dass die jeweiligen internen Prozeduren für das Inkrafttreten des Beendigungsabkommens erfüllt sind.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich benützt diese Gelegenheit, der Botschaft der Republik Malta in Wien die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Wien, 12. August 2021

L. S.

An die Botschaft der
Republik Malta in Wien
Opernring 5
1010 Wien